

Berlin, den 06.02.2013

Pressemitteilung der Initiative Togo Action Plus e.V und der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V zum Verfahren gegen einen Afrikaner wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht vor dem Landgericht Potsdam am 05. 02. 2013.

Am Dienstag, den 05.02.2013, wurde vor dem Landgericht Potsdam der Prozess gegen einen Afrikaner, der in Rathenow lebt, wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht fortgeführt.

Wurde es den Prozessbeobachter_innen bereits am 29.01.2013, dem ersten Tag der Verhandlung, verboten im Gerichtssaal mitzuschreiben, so wurde dieses Verbot gestern mit dem Hinweis auf das Begehen einer Ordnungswidrigkeit verschärft. Auf die Frage, warum es den Beobachter_innen nicht erlaubt sein solle, Notizen aufzuschreiben, antwortete Richterin Eibisch nur die Presse habe das Recht dazu. Die Frage des RA Volker Gerloff nach einer Grundlage oder einem Beschluss dafür beantwortete die Richterin mit verbaler Aggressivität.

Weiterhin ordnete Richterin Eibisch Justizbeamt_innen an die Identität der Prozessbeobachter_innen festzustellen. RA Gerloff betonte die Grundlosigkeit des richterlichen Verbots in einem öffentlichen zugänglichen Prozess. Die Beobachter_innen ließen sich dementsprechend nicht vom Notieren abhalten.

Der Prozess konzentrierte sich bisher vorwiegend auf das Asylverfahren des Afrikaners und auf Vorwürfe von illegalisiertem Arbeiten obwohl es um einen Verstoß gegen die Residenzpflicht gehen sollte.

Was bedeutet Residenzpflicht?:

§ 61 AufenthG Räumliche Beschränkung (1) Die Duldung ist räumlich auf das Land Brandenburg beschränkt.

Dieses Gesetz ist rassistisch und diskriminierend!
Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht!

Ein Vertreter der Ausländerbehörde Rathenow war als Zeuge geladen. Als der Verteidiger den Vertreter Behörde fragte, ob ihm Angriff von Nazis auf Geflüchtete in Rathenow bekannt seien, zog der Staatsanwalt die Relevanz dieser Frage für den Prozess in Zweifel. Bedeutet das, Angriffe von Nazis auf Geflüchtete / nicht-deutsch-genug-Aussehende ist ein Tabu? Wird es in Potsdam und Deutschland allgemein weiterhin No-Go-Areas für Geflüchtete und nicht-deutsch-genug-Aussehende geben?

Warum wollte das Gericht den Afrikaner kriminalisieren, der schon als Geflüchteter und Geduldeter von der rassistischen Residenzpflicht diskriminiert wird?

In Lagern Isolierte, für die es keine Möglichkeit gibt, die deutsche Sprache zu lernen, die nicht arbeiten dürfen, nur von "Gutscheinen" leben, dürfen Brandenburg nicht ohne Urlaubsschein verlassen, da ihnen sonst die Abschiebung droht!

Die vergessenen, isolierten, kriminalisierten, diskriminierten Geflüchteten sterben weiter, obwohl wir die Politiker_innen informieren! Der Wille, die Situation für Geflüchtete zu verbessern, ist immer noch nicht vorhanden. Die Geflüchteten leben weiter in Angst. Ihr Alltag ist Rassismus und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht).

Essen, Schlafen und psychische Krankheit mit Aussicht auf Abschiebung ist dank deutscher Asylpolitik verzehrender Alltag Geflüchteter in der BRD.

Am Ende des Prozesstages stellte RA Gerloff einen Befangenheitsantrag gegen die Richterin, da diese versuchte, die Öffentlichkeit vom Prozess auszuschließen und eine Ermittlung gegen den RA Gerloff einzuleiten. Der Befangenheitsantrag wurde vom Staatsanwalt mit einem Antrag auf Ablehnung beantwortet.

Die Verhandlung wird am Dienstag, 12.02.2013, 10.00 Uhr vor dem Landgericht Potsdam fortgesetzt.

Landgericht Potsdam
Jägerallee 10-12
Saal 5

Wir fordern:

Ein Ende der Schikanen und Repression gegen alle Aktivist_innen!

Stopp der gezielten Polizeikontrolle von PoCs (Racial Profiling)!

Abschaffung der menschenverachtenden Residenzpflicht!

Stopp dem Rassismus und Behörden Rassismus!

Stopp der Diskriminierung!

--

RA Kontakt:
Anwaltsbüro Böhlo & Gerloff
Karl-Marx-Str. 30
12043 Berlin
T.: 030-629 877 20
F.: 030-629 877 25
<http://www.aufenthaltundsoziales.de/>

--

Kontakt zu Togo Action Plus e.V. / Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.:
[+49-176-38113135](tel:+4917638113135)